

Die Medienselten und Verurteilungen des Hauptstadtjournalismus wollen kein Ende nehmen. Es hagelt Buchveröffentlichungen über angebliche Verschwörungen und die „Verwahrlosung“ eines ganzen Berufsstandes, hervorgerufen durch sogenannte „Alpha-Journalisten“, die sich entweder in epochaler Prophetenpose gefielen oder als „Gaukler“ unters Volk mischten und dabei die Grenzen zwischen Politik und Politikberatung, Beobachtung und Unterhaltung verletzten.

Solche dramatischen Negativurteile sind Wasser auf die Mühlen des SPD-Milieus, das sich nicht erst seit der Abwahl von Rot-Grün 2005 in einem Schuldzuweisungsritual gegenüber den Medien gefällt.

Doch alles pauschale Gezeter über „die“ Medien ändert nichts daran, dass jede Partei sich im Rahmen der Medienlogik bewegen muss, um kommunizieren zu können. Die Medienwissenschaftlerin Anja Kruke hat bereits 2004 vor dem Ende von Rot-Grün darauf hingewiesen, dass „bei aller gewachsenen Mobilität sich das generell funktionale Verhältnis“ der SPD zu den Medien „kaum gewandelt“ habe. Entzögen sich die Medien den Wünschen der Partei, sei es „immer wieder zu Schmollphasen und Auszeiten gekommen“.

Peter Glotz wandte sich als Parteintelktueller und verantwortlicher Politiker, Publizist und Medienwissenschaftler gegen die kommunikativen Ängste und Intoleranzen seiner Parteifreunde im Umgang mit den Medien. Er stritt für

offene Diskurse und gegen Podiumsverbote. Im August jährt sich sein Todestag zum fünften Mal.

Wenn man dem angespannten Verhältnis des sozialdemokratischen Milieus zu den Medien auf den Grund gehen möchte, muss man wohl auf eine der Schlüsselszenen der frühen Bonner Republik zurückgreifen: Die junge Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann ist auf Akquise bei der SPD Kurt Schumachers und holt sich einen dröhnenden Korb. Denn dort denkt man unter Pressechef Fritz Heine beim Wort „Meinungsforschung“ zunächst an Joseph Goebbels.

Konrad Adenauer hatte damit weniger Probleme. Er erkannte die Demoskopie als Chance und nutzte sie. Also avancierte die „Pythia von Allensbach“ zur wissenschaftlichen Beraterin der Kanzler Adenauer und Kohl in empirisch-analytischen Fragen. Währenddessen brauchte die SPD noch Jahre, um ihre moralischen Skrupel loszuwerden und sich der Meinungsforschung zu öffnen.

Noch 1957 nach der deftigen Wahlniederlage für die Partei Ollenhauers hatte deren hauptamtlicher Programmatiker Willi Eichler unter der Scheinalternative „Wählermanipulation oder sozialistische Politik“ vor der Meinungsforschung und *Public-Relations*-Stäben in der Politik gewarnt. Ein künstlicher Gegensatz zwischen Aufklärung und Wählerwerbung wurde konstruiert, bis der Sozialwissenschaftler Klaus Liepelt mithilfe der SPD 1959 „Infas“ in Bad Godesberg gründen sollte. Fortan kam man von der Idee

ab, mit reiner Aufklärung Wähler gewinnen und notfalls erziehen zu wollen, und hörte auf, Wechselwähler als unerwünscht, weil „wenig charakterfest“, zu brandmarken.

1961 versuchte der Chef des Münchener „Infratest“-Instituts, Klaus von Dohnanyi, seiner Partei bei der Wählerwerbung auf die Sprünge zu helfen. Es gehe im Streit der Parteien nicht mehr um unterschiedliche Ziele, sondern „fast nur noch um den Weg“. Die Eroberung von Wählermehrheiten sei vor allem „eine Frage des politischen Stils“.

Anja Kruke hat darauf hingewiesen, dass nach der demoskopischen Wende der SPD die Kanzler Brandt und Schröder „die Medienlogik absorbiert“ hätten. Gleichzeitig habe sich die SPD in den Medien (aber nicht nur dort) einen „kritischen Blick auf diese Orientierung und die Rezeptionsgewohnheiten der Wähler“ geleistet.

Nachdem man sich der Mehrheit der Medien sicher gewöhnt hatte, war die Enttäuschung umso größer, als Brandt im *Spiegel* Ende 1973 als bröckelndes Denkmal dargestellt wurde.

Die Medien wurden aus einer naiven Sicht heraus als unsichere Kantonisten wahrgenommen. Und Schröder gerierte sich bei seinem suboptimalen TV-Auftritt am Wahlabend 2005 wie ein plärrendes Kind, dem man sein Spielzeug – *die Medien!* – genommen hatte. Er hatte mithilfe der Medien seine Kanzlerkandidatur 1998 gegen den mehrheitlich für Lafontaine votierenden Funktionärsapparat durchgesetzt. Wahlhelfer Klaus Staack beschimpfte seinerzeit die Schröder-Unterstützer von der schreibenden Zunft als „Lemminge“ und klagte über ein medial gesteuertes Nötigungsmanöver bei der Kandidatenfindung. Noch heute wird unter Parteilinken die bizarre These vertreten, Kanzler Schröder habe die SPD in eine putschistisch angehauchte „mediale Kampartei“ verwandelt.

Peter Glotz hat uns drei politische Tagebücher hinterlassen. *Die Innenausstattung der Macht* (1977 bis 1979), *Kampagne in Deutschland* (1981 bis 1983) und *Die Jahre der Verdrossenheit* (1993 bis 1994). Sie stellen noch heute eine empirische und intellektuelle Fundgrube für die Beschreibung des schwierigen Verhältnisses seiner Partei zum Themenkomplex „Medien und Kommunikation“ dar.

## Störsender gegen Neue Medien

Dem Bundesgeschäftsführer Glotz wurde beispielsweise von seiner Partei Anfang der 1980er-Jahre die kulturpessimistisch bemühte Pflicht auferlegt, nichts weniger als die neuen privaten Medien zu verhindern, was dem Fortschrittsgeist erkennbar schwerfiel, denn Glotz war vom Typ her kein linker Aussteiger, sondern ein linksliberaler Mitmischer. Am 19. März 1981 heißt es in seinem Tagebuch: „Eine kleine Gruppe von Experten versucht, mich davon zu überzeugen, dass wir die ‚Neuen Medien‘ blockieren können; technisch und ökonomisch.“ So lässt sich Glotz zunächst von Experten erklären, „ob die terrestrische Nutzung der Wellen im Zwölf-Gigahertz-Bereich über Richtfunk – beispielsweise für die Bundeswehr – ein Mittel sein könnte, die private Ausnutzung von Satelliten zu verhindern. Die eindeutige Auskunft der Techniker: Nein.“ Politisch war es für ihn ohnehin völlig abwegig, private Sender zu „stören“. Die Privatisierung konnte verzögert, aber nicht verhindert werden: „Ich habe die hektische Atmosphäre einer ‚Gründerzeit‘ für ‚neue‘ Medien oft vorhergesagt und ärgere mich jetzt schwarz, dass die Linke unternehmerisch unvorbereitet ist.“

Am 26. April 1981 trifft Glotz mit Lothar Späth zusammen, der „an eine neue Koexistenz von öffentlich-rechtlichen und privaten Medien“ denke und den Verlegern „private Fenster“ öffnen, also regionale Sender zubilligen möchte: „Ich könnte mich schnell mit ihm einigen; bloß

Heinz Klaus Mertes (li.) und Peter Glotz kündigen auf einer Pressekonferenz am 8. November 1996 in Köln den Start der RTL-Diskussionssendung „Im Kreuzfeuer“ an.

© picture-alliance/dpa, Foto: Michael Jung



hätten wir beide für eine solche Einigung derzeit unsere Parteien nicht hinter uns.“

### „Wegdrücken, totschweigen, ausschmieren“

Neben den ärgerlichen Medienschelten und -ängsten seiner Partei stieß sich Peter Glotz ebenso an den kommunikativen und diskursiven Defiziten seiner Genossen.

So musste er 1987 erleben, wie der gerade Hochkonjunktur feiernde Begriff „Streitkultur“ in den berühmt-berüchtigten, von ihm abgelehnten SPD-SED-Verhandlungen um „Ideologien und gemeinsame Sicherheit“ geradezu verballhornt wurde: „Gemeinsam haben wir uns für die Internationalisierung der Grundsätze und Normen der Streitkultur eingesetzt [...]“

Es grenzte an eine Farce, die systematisch verzerrte Kommunikation mit einer totalitären Staatspartei als Debattenkul-

tur zu adeln, dem anerkannten Vordenker der Partei aber Streitgespräche mit dem Rechtspopulisten Schönhuber untersagen zu wollen. So geschehen 1989, als die *Welt* einen langen Disput von Glotz mit dem Republikaner-Chef veröffentlichte, was Glotz viel Ärger bei seinen Genossen eintrug. Das dabei verwendete Standardargument, man dürfe einem gefährlichen Gegner „keine zusätzliche Bühne“ verschaffen, musste sich der medial gewandte Streiter vor dem Herrn Jahrzehnte von seinen Parteifreunden anhören. Zum Beispiel auch als Mitglied in Rudolf Scharpings Schattenkabinett 1994, als eine für den Wahlkampf geplante Streitgesprächsserie „Glotz gegen: Gauweiler, Lambsdorff, Fischer, Gysi, Manfred Brunner, Schönhuber und Haider“ von seinen bayerischen Parteifreunden zusammengestrichen wurde.

Glotz schreibt dazu in seinem politischen Tagebuch *Die Jahre der Verdrossen-*

heit: „Keiner bestreitet, dass jede dieser Kontroversen einen überfüllten Saal brächte. Aber es ist das alte deutsche Lied, die verschmockte, besserwisserische Angst der Drahtzieher vor dem blöden Volk. [...] Wir bieten doch dem Schönhuber (*der bei uns im Wahlkreis zum Landtag kandidiert!*) kein Podium. [...] Statt die Gegner zu widerlegen, will man sie wegdrücken, totschweigen, aus schmieren.“

Hatten Haider, Schönhuber & Co. nicht gerade von der Intoleranz und Unfairness ihrer Gegner in besonderer Weise profitiert? Frustrierte, schwankende Wähler wittern hinter Ignoranz und Ausgrenzung häufig nur eine Strategie der etablierten Parteien, unbequeme Fragen unterdrücken zu wollen. Deshalb lag der leidenschaftliche Streiter Glotz mit seinem Vorsatz, Rechtspopulisten öffentlich zu stellen, näher an einer wirkungsvollen Bekämpfung von Protestpolitikern als jene, die durch Diskursunterdrückung und Debattenverweigerung rechtspopulistische Erfolge glaubten aufhalten zu können.

Mitten im Bundestagswahlkampf 1994 schreibt er in der *Süddeutschen Zeitung*: „„Demokratie ist Diskussion“, hat Tomas Masaryk [...] gesagt. Bei uns aber häufen sich die Beispiele, die zeigen, dass diese Diskussion gerade verweigert wird. Dass diese Verweigerung mit larmoyantem verantwortungsethischem Gesülze einhergeht, macht die Sache nicht besser [...] Wo gibt es die großen Debatten, in denen die demokratischen Politiker Gysi und Schönhuber (die weiß Gott grundverschieden sind, aber doch gemeinsam haben, dass sie größere Gruppen von Protestwählern vertreten) mit den besseren Argumenten widerlegen? Nirgends. Man dürfe solche Leute nicht ‚aufwerten‘, heißt die flauere Ausrede.“

Auch für das Streitduell mit Gregor Gysi wird er von Parteifreunden gerüffelt, die den kämpferischen Dialog als

„Experiment zur Unzeit“ abtun. Glotz resümiert am 29. September 1994: „Das ist diese stieselige, unkommunikative, stockige Haltung der einsinnigen Deutschen. Mit wem hätte ich eigentlich debattieren dürfen, wenn ich mich an diese Verbote gehalten hätte? Nicht mit den Spontis in Berlin [...], nicht mit Petra Kelly und Gert Bastian, nicht mit der *Bild*-Zeitung, nicht mit Franz Schönhuber usw. Sogar die Diskussion mit Heiner Geißler hat man mir irgendwann untersagen wollen. Es lebe das deutsche Hinterzimmer.“

## Der intellektuelle Tiefpunkt

Zwei Essentials verband Peter Glotz mit seiner Chefredaktion bei den *Frankfurter Heften*: das Prinzip „Sprechsaal“ anstelle domestizierter Scheindebatten unter Gleichgesinnten. Das zweite Essential hieß „relative Autonomie“ und betraf den Status der Redaktion gegenüber Partei und Stiftung. Beide Essentials wurden nach seinem Tod zerschlagen.

Was Glotz unter „Sprechsaal“ verstand, verdeutlichte er, als Günter Grass seine Herausgeberschaft bei den *Frankfurter Heften* hinwarf, weil er sich im Blatt zum wiederholten Male wegen seiner streitbaren Haltung zur deutschen Einheit ungerecht attackiert fühlte. Im Antwortbrief an Grass legte Peter Glotz ein kristallklares Bekenntnis zum freien Wort ab, ohne sich zu entschuldigen oder gar den Versuch zu unternehmen, den Schriftsteller umzustimmen: „Diese Zeitschrift versteht sich, seitdem ich ihr Chefredakteur bin [...], als ‚Sprechsaal‘ der Linken, um einen Begriff aus der Publizistik des neunzehnten Jahrhunderts aufzugreifen. Ich drucke keine Beleidigungen, keine offensichtlichen Abwegigkeiten und so wenig wie möglich unoriginelle *Middle-of-the-road*-Beiträge: Wenn aber etwas meiner persönlichen Meinung widerspricht, hat mich das noch nie gehindert, es ins Blatt zu lassen. Der Sinn

dieser Zeitschrift ist es ja, der Linken eine Streitkultur zu erhalten.“

Das jüngste Wahldesaster der SPD haben seine Nachfolger in der November-Ausgabe 2009 der *Frankfurter Hefte* als „unverdient“ zurückgewiesen. Die Schuldigen wurden jenseits von Volk und Partei geortet, die zwei Millionen exsozialdemokratischer Nichtwähler freigesprochen: Dieses Ergebnis habe gewiss „keiner von ihnen gewollt“. Im Klartext: Die Medien waren schuld. „Wähler müssen sich nicht rechtfertigen. Allenfalls sollten sich die Neubürgerlich saturierten Journalisten der Republik ein paar Fragen stellen, am besten selbst, die das angeödete Weghöhnen der Sozialdemokratie zu einer Art Massensport der Profession gemacht haben.“

Diese schräge Sichtweise wurde damals im Blatt noch übertroffen durch die steile Verschwörungsthese, Teile der Medien hätten Gabor Steingarts „Ansichten eines Nichtwählers“ gepowert – natürlich zum Schaden von Steinmeier & Co.: „Diejenigen, die das Lob des Nichtwählers medial pushten, haben ihr Ziel nun erreicht. Auch die Demobilisierung der Wähler half der Wiederherstellung der konservativ-liberalen Regierung nach elf Jahren!“

Sodann wurden zwei „Pflichten“ als Konsequenz des Wahlergebnisses in Stein gemeißelt, eine Pflicht für die Sozialdemokratie „zur zügigen (!) Selbsterneuerung“ und eine Pflicht „für die Massenmedien zu deren fairer Begleitung“. Gleichzeitig reklamierten Funktionäre einen „Qualitätsjournalismus“, die noch den ersten freien Gedanken in lesbarem Deutsch zu formulieren hätten.

Hinzu kam jene beliebte Übung einer alarmistischen Zeitgeistastronomie, die seit circa dreißig Jahren zu dem gleichen Befund gelangt, dass die Medien angeblich bängstigend nach rechts gedriftet seien.

Im zurückliegenden Bundestagswahlkampf oblag es Wolfgang Thierse, die sinkenden Umfragewerte für die SPD mit dem „konservativen Zeitgeist“ in Verbindung zu bringen.

Peter Glotz pflegte am Zeitgeist das allzu Moralische und nicht – kleinkariert – das wenig Sozialdemokratische zu geißeln. So etwa in Zeiten des ersten Golfkriegs Anfang der 1990er-Jahre, wo er sich über die „Gräuelpropaganda“ und „Massenhysterie“ in der Berichterstattung – wie auch zu den Nachfolgekriegen um Jugoslawien – ereiferte. Natürlich wäre er nie auf den feigen Versuch gekommen, gegen missliebige Journalisten oder Publikationsorgane „disziplinarisch“ vorzugehen, statt sie diskursiv zu stellen.

Als er sich auf der Bundesversammlung um die Weizsäcker-Nachfolge im Mai 1994 mit Sozialphilosoph Jürgen Habermas über die damals diskutierte Entwicklung des FAZ-Feuilletons unterhält, bekennt er Farbe: „Ich lehne Boykott-Ideen prinzipiell ab. Zeitungen sind Sprechsäle. Wenn Sie mich sprechen lassen, trete ich auf. Nur bei rechtsradikalen Postillen mache ich eine Ausnahme.“

Als Peter Glotz 1996 aus der Politik ausschied, erklärte er, mit seiner Medienkompetenz, das heißt seinem publizistischen Elan und seinen enormen Verbreitungsmöglichkeiten, politisch mehr bewirken zu können, denn auf endlosen Sitzungen in schlecht belüfteten Hinterzimmern jugoslawischer Lokale Überzeugungsarbeit zu leisten. Kritiker sollten dem Vielpublizierer später einen „Präsenzwahn“ vorhalten, sich „über Gott und die Welt zu verbreiten“. In Wahrheit war Glotz darin ein Geburtshelfer jenes viel gescholtenen „Alpha-Journalismus“, gegen den ihn verlogene Parteifreunde posthum als parteiintellektuellen Kronzeugen in Anspruch nehmen möchten.